UNSER-BRAUNSCHWEIG

Die Zeitung der Bürgerinitiativen | B. BS

Nr. 16 | 8. Jahrgang | 140.000 Exemplare | www.buergerinitiativen-braunschweig.de | Aug./Sep. 2016

Lesen Sie, worüber andere Zeitungen noch nicht berichten...



Gute Gründe genug, am 11. September BIBS zu wählen.

Was würde uns fehlen, wenn die Mitstreiter zu gewinnen. Sie traten BIBS nicht mehr ins Rathaus gewählt würde?

• Fehlen würden die nicht parteigebundenen Vertreter/innen der Braunschweiger Initiativen. Sie haben den direkten Kontakt zur Basis nicht ver-

Geduldig hören sie zu, wenn Bürger ihre Klagen vortragen. So erfährt man manches, was den Parteienvertretern entgeht.

Die Leute von der BIBS, ob im Rat oder in den Bezirken, sorgen dafür, dass Rat und Verwaltung sich mit diesen Problemen befassen.

Mit Phrasen und Verharmlosungen lassen sie sich nicht abspeisen, sondern sie gehen den Problemen auf den Grund.

Wenn nötig, mit Akteneinsicht. Seit zehn Jahren sind sie im politischen Geschäft, sie haben Erfahrung. Aber auch Sachverstand, den sie auf vielen Gebieten anwenden. Ob Haushalt oder Finanzen, Ökologie oder Ökonomie, Bildung, Kultur oder Soziales, vor allem Behebung der Wohnungsnot, überall beweisen sie ihre Kompetenz, und es gelingt ihnen, sachkundige

gegen Fracking an, als andere noch nicht einmal dieses Wort kannten.

• Zu ihren Kerngebieten gehören voi allem zwei Bereiche, die auch für Braunschweigs Zukunft bedeutsam sein werden: Zum einen die Auseinandersetzung mit der Firma Eckert und Ziegler, die Thune zum Paradies der Atommüllverarbeitung machen will.

• Und zum anderen die Forderung nach unbedingter Transparenz bei allen politischen Entscheidungen. Wichtig ist dies vor allem im Bereich des Haushalts.

Die BIBS hat das "Wunder von Braunschweig" entzaubert und die Existenz von Schuldscheinen öffentlich bekannt gemacht.

Sie wacht konsequent darüber, dass die Bürger nicht mit Tricks hinters Licht geführt werden.

- Die BIBS hat keine Posten zu verteilen. Sie kann sich nur auf die Kraft des Arguments und das Engagement der Bürger stützen. Aber jeder weiß: Man kann sich auf sie verlassen.
- Gute Gründe genug, am 11. September BIBS zu wählen.

Dr. Ingeborg Gerlach

"Schuldenfrei" aekippt

Pro-Kopf-Verschuldung mit 2.120 € Unser-Braunschweig Nr. 13, S. 4). siebenmal so hoch, wie bislang mit 315 € zugegeben.

Braunschweig war nie schuldenfrei. Beinahe zehn Jahre hat es gedauert - nun erkannte der Rat der Stadt am 21.6.2016 (sogar einstimmig) an, dass "kreditähnliche Rechtsgeschäfte" als Schulden anzusehen sind. Das Rechnungsprüfungsamt hatte darauf hingewiesen.

Ursprünglich hatte der noch von Ex-OB Hoffmann ausgesuchte Finanzdezernent Geiger (CDU) versucht, den Rechnungs-Abschluss 2014 mit einer Verschuldung von

315 € pro Kopf durch den Rat zu bringen. Die BIBS hatte beharrlich die 400 Schuldschein-Politik thematisiert und eine 200 Pro-Kopf-Verschuldung von 2.120 € errechnet (siehe auch

Schon frohlockte die örtliche CDU auf ihrer Homepage, unter ihrem Mann Hoffmann wären der Stadt die Schulden erspart geblieben - nun aber unter der neuen Mehrheit von SPD/Grünen/BIBS ginge die Verschuldung der Stadt wieder los. Fein eingefädelt, so kurz vor der Kommunalwahl. Daraus wird nun nichts. Beinahe auf den letzten Drücker konnte Ex-OB Hoffmann nun doch noch die Verantwortung für die viel höhere Verschuldung der Stadt nicht nur nachgewiesen, sondern auch per Ratsbeschluss zugewiesen werden.

Mio. Euro wahre Verschuldung Quelle: BIBS-Fraktion

Wasserschaden im Rathaus

Man könne nicht mehr feststellen, welche Zahlungen an die Beraterfirma KPMG im Rahmen des Feuerwehr-Privatisierungsprojektes geflossen seien. Belege seien dem Wasserschaden im Rathaus zum Opfer gefallen und die seinerzeit damit befassten Personen auf Seiten der Firma KPMG und auf Seiten der Verwaltung nicht mehr im Amt. So die Antwort auf eine entsprechende Anfrage der BIBS. In unserer letzten Ausgabe dieser Zeitung wurde über den gescheiterten "Business-Plan" zur Privatisierung des Feuerwehr-Service-Zentrums berichtet. Hinweise auf üppige Berater-Rechnungen in Höhe von 109 Tsd.€ waren bei einer Akteneinsicht gefunden worden. Die Rechnungen wurden vom zuständigen Dezernenten in der letzten VA-Sitzung vom 14.6. bestätigt, man könne aber nicht mehr feststellen, ob die Zahlungen an KPMG in aufgefundener Höhe auch erfolgt seien. red

Fracking-Gesetz

Das neue Fracking-Gesetz trifft die Region Braunschweig besonders; denn Fracking in Sandstein, das sogenannte Tight Gas-Fracking, wird wieder erlaubt. Auch die Entsorgung des Lagerstättenwassers, das teilweise giftige und radioaktive Stoffe enthält, durch Verpressung in den Untergrund wird trotz der ungeklärten Risiken nicht untersagt.

Zwar wäre nach neuer Gesetzeslage eine Verhinderung von Fracking in besonders sensiblen Gebieten wie Naturund Wasserschutzgebieten sowie Einzugsgebieten für die Trinkwasserversorgung und Lebensmittelherstellung ausgeschlossen, aber in Lamme wurde ein Wasserschutzgebiet noch in der letzten Ratsperiode aufgegeben. Wasserschutz in Lamme?... weiter S.2

Teurer Urwald

Stiftung SBK bittet Naturschützer zur Kasse

BIBS Forderung: Naturschutz unterstützen, nicht zur Kasse bitten!

Unglaublich, aber wahr: Die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) lässt sich den Erhalt urwaldartiger Baumbestände von Naturschützern und der Stadt bezahlen, obwohl dies zu ihren ureigensten Aufgaben gehört (s. "Unser Braunschweig" Nr. 13, Mai 2015, "Ist Wald kein Kulturbesitz?").

Damit ca. 12 ha Wald aus der Bewirtschaftung genommen werden, soll der FUN (Förderverein Umwelt, Natur) Hondelage und naturschutzwillige Bürger 300.000 € über Baumpatenschaften, Urkunden o.ä. bezahlen. Zusätzlich soll die Stadt Braunschweig für weitere 38 ha die fast dreifache Summe aus Mitteln investieren, die für Naturschutzmaßnahmen vorgesehen sind und als Ausgleich für Eingriffe in Natur und Landschaft (z.B. Startbahnverlängerung Flughafen) gezahlt werden müssen.

Ein dem Motto "von der rechten Tasche in die linke Tasche" folgender Geniestreich des Ex-OBs Dr. Hoffmann, der aufgrund eines Deals mit SPD-OB Markurth, als Präsident der Stiftung immer noch sein Unwesen im Braunschweiger Land treiben darf?

weiter auf Seite 7

Fünf Jahre

Im Mai 2011 berichtete die BIBS-Fraktion von atomaren Erweiterungsabsichten um ASSE-Laugen auf dem Buchler- Firmengelände in BS-Thune; das führte zur Gründung der Bürgeriniti- ative Strahlenschutz

"Den Wind aus den Segeln nehmen"

Schon wenige Tage später sorgte sich die damalige Bauverwaltung um das öffentliche Image der Atomfirmen und riet dem Nieders. Umweltministerium, möglichst "kurzfristig" mit einer Pressemitteilung zu reagieren und damit "Veröffentlichungen von anderer Seite den Wind aus den Segeln zu nehmen." (Email 1.6.2011 von Hornung, Bauverwaltung an Lauenstein NMU)

Politische Landschaftspflege

Zeitgleich sorgte sich auch die Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz (SBK) um das Buchler-Image. Nach einer Hochglanzwerbung fragte die BIBS-Fraktion im Rat der Stadt.

Antwort der Verwaltung im Rat am 21.6.16: die Veröffentlichung der Stiftung im "VIERVIERTELKULT" aus dem Sommer 2011 unter der Überschrift "Wie man aus Zucker Chinin macht" "...beschäftigt sich mit dem Braunschweiger Familienunternehmen Buchler als letztem Chininproduzenten Europas und berichtet damit über einen wesentlichen und interessanten Aspekt Braunschw<mark>eigischer Wirtschaftsgeschichte". (Ratsvorlage</mark> 16-02479-01) Fünf Jahre später ist der Lack um die einstige Vorzeigefirma ab; giftige Chemie, Atommüll und unzureichender Anwohnerschutz bestimmen die Nachrichten um das Buchler-Gelände.



Wir brauchen die Informationsfreiheit

Niedersachsen hat es auch unter der rot/grünen Landesregierung versäumt, das Gesetz zur Informationsfreiheit zu beschließen. Es gibt zwar ein Niedersächsisches Umwelt-Informationsfreiheits-Gesetz "NUIG", aber keines für alle Verwaltungsbereiche. In

Braunschweig existiert nach langen Querelen um Akteneinsichten der Ratsfraktionen seit rd. 4 Jahren eine Informationsfreiheitssatzung für alle Bürgerinnen und Bürger. Wo bleibt das Informationsfreiheits-Gesetz für Niedersachsen?

in Lamme verspielt?

Fracking - Wasserschutz

Fracking droht in Lamme und an-

deren westlichen Ortsteilen - Auflösung des Wasserschutzgebietes Lamme gegen BIBS-Antrag erweist sich als Schildbürgerstreich.

Entgegen den Warnungen seinerzeit im Rat wurde ein wichtiges Wasserschutzgebiet (Lamme) im Jahre 2012 aufgehoben - der letzte Schutz auch gegen Fracking!

Im August 2015 kam die Mitteilung der Verwaltung, dass ein neues Fracking-Gebiet östlich von Peine bis unter Lamme, Kanzlerfeld, Timmerlah etc. als neues "Claim"-Gebiet "Borsum" angemeldet worden ist.

Partikularinteressen (höhere Prüfgebühren für Ölheizungstanks) waren Grund genug, das Wasserschutzgebiet in Lamme aufzuheben.

Das hat der CDU-Mann Carsten Müller wohl vergessen, wenn er seine Zustimmung zum Fracking-Gesetz im Bundestag so rechtfertigt:

"...haben wir mit dem Regelungswerk strengste Umweltstandards gesetzt. Fracking jeglicher Art ist in sensiblen Gebieten wie Wasserschutz- und Heilquellenschutzgebieten sowie an Seen und Talsperren zur Trinkwassergewinnung vollständig verboten."

Herr Müller hatte 2012 für die Abschaffung des Wasserschutzgebietes in Lamme gestimmt.

Infostand des AK-Fracking am 18.9.2015 Kohlmarkt)





Rauchendes Fass: Atomfirma inkompetent

Am Freitag, den 10. Juni, gegen Mittag gab es bei Eckert&Ziegler ein "meldepflichtiges Ereignis". Nur rein zufällig waren der BISS am selben Tag hohe Werte am eigenen Gamma-Monitor aufgefallen. Volle fünf Tage benötigte die Atomfirma Eckert&Ziegler für eine Information der Öffentlichkeit, aber auch die städtische Feuerwehr, die sonst jeden brennenden Müllcontainer an die Presse meldet, hielt sich zurück.

Das Umweltministerium gab Auskunft, es sei um ein "Projekt" zur Abscheidung seltener Erden aus Schlacke-Schmelzen gegangen, was sich aber für EZAG als nicht wirtschaftlich erwiesen habe. Deshalb sollten die rd. 14 Fässer an den Auftraggeber zurückgeschickt werden. Beim Befüllen eines der Fässer sei es zur spontanen Glutbildung gekommen.

Zunächst einmal bekommen wir ein Beispiel, was "Konditionierung" von atomaren Stoffen und Abfällen bedeutet: Sortieren und Zerlegen in Komponenten, Verdichten, Verdampfen und Verpacken bzw. Verfüllen in Lagerbehälter, zudem meist auch noch Experimente mit giftigen bis brandgefährlichen Chemikalien.

Offensichtlich fehlten der Firma und den eingesetzten Mitarbeitern wesentliche chemische Kenntnisse zur Bewertung und zum Befüllen des Fasses, die aber für solche chemischen Experimente und Konditionierungsarbeiten unabdingbare Voraussetzung sind.

Nach eigenen Angaben der Firma hat es offensichtlich daran gemangelt (Stichwort: "routinemäßige Umfül-

Was in diesem Fall noch halbwegs glimpflich abgelaufen sein mag (das volle Ausmaß des Vorfalls bzgl. ausgetretener Strahlung ist ja längst noch nicht bekannt), ist bzgl. der Kompetenz und fachlichen Eignung der Akteure überhaupt nicht akzeptabel - egal, ob es letztlich an fehlenden fachlichen Kenntnissen der Mitarbeiterschaft oder Mängeln der Betriebsorganisation gelegen haben mag.

Für eine Risiko-Betrachtung ist der vorliegende Fall unbedingt zu berücksichtigen, zumal dieser Betrieb nicht irgendwo weitab in unbewohnter Einöde herumexperimentiert, sondern inmitten eines Wohngebietes und neben einem Kindergarten und einem Schul-

Vertrauenserweckend ist das alles nicht. Die Liste der Vergehen und Unzulänglichkeiten der Atomfirmen am Standort Thune (von Amersham Buchler bis Eckert&Ziegler) ist inzwischen lang - zu lang:

• illegal befüllte Fässer,

ATOMMÜLL-ALARM

- falsch deklarierte Fässer, teils sogar innen mit Blei ausgekleidet, um hohe Strahlung zu verschleiern,
- Verpacken von Chemieabfällen, die zu Reaktionen neigen.

Es gibt überhaupt keinen Grund mehr, das weiter so laufen zu lassen; von Vertrauen in die "Kompetenz" dieser Firmen, die sogar bis vor kurzem wie zum Hohn - auch noch unter dem Logo "Kompetenzzentrum Sichere Entsorgung (KSE)" firmierten, ist schon längst keine Rede mehr.

Was bleibt, ist dem Treiben schnellstens den behördlichen Boden zu ent-

Umweltminister Stefan Wenzel ist gefordert, die Genehmigungen zu widerrufen und nicht weiter zu versuchen, aus 40 Jahre alten Befugnissen von Amersham-Buchler eine Konditionierungsgenehmigung für Eckert & Zie-Astrid Buchholz gler herzuleiten.

Atomgewerbe bald interkommunal?

Das geplante interkommunale Gewerbegebiet bei Geitelde, Stiddien und Timmerlah könnte einen weiteren Ausbau der Atomdrehscheibe um Braunschweig bewirken. Schon stehen Atomfirmen mit Konrad-Containern der Firma Eckert&Ziegler bereit, das Gelände in unmittelbarer Nähe zum Verschiebebahnhof Beddingen als Laderampe für Schacht Konrad zu nutzen.

Die Bürgerinitiativen warnten davor bereits auf der AntiAtom-Frühstücksmeile Ende April auf der Industriestraße, nahe am Schacht Konrad. In den folgenden Ratssitzungen der Städte BS und SZ konnten nun zumindest Vorbehalte gegen die atomare Nutzung des geplanten Gewerbegebietes beschlossen werden. Eine neue BI im Stadtbezirk Timmerlah/Geitelde/Stiddien kümmert sich um die weitere Aufklärung der BürgerInnen und bereitet für den Herbst eine Informationsveranstaltung in Geitelde vor.

Nähere Infos bei der BIBS-Fraktion unter Tel. (05 31) 4 70 21 80, Email: info@bibs-fraktion.de



Wie weiter mit Fracking in BS?

weiter für ein NEIN zum Fracking in jeder

Form. Aus diesem Grund werden wir versuchen, das Wasserschutzgebiet in Lamme wieder herzustellen. Leider ist dies nicht so einfach, wie es aufzuheben. Aber es ist ein wirksamer

Die BIBS steht Schutz, damit die Bohranlagen nicht bis an das Lammer Neubaugebiet heranrücken. Aus diesem Grund laden wir alle interessierten Braunschweiger Bürgerinnen und Bürger, die sich gegen Fracking im "Claim"-Gebiet Borsum engagieren möchten, zu einem Treffen ein, möglichst zusammen und über unsere Stadtgrenzen

hinaus gegen "Borsum": Von Timmerlah bis Hildesheim und weiter bis Hannover

Lasst uns jetzt aktiv werden. Wer an weiteren Informationen interessiert ist, kann sich unter der Telefonnummer (05 31) 4 70 21 80 oder unter Email: info@bibs-fraktion.de mel-Sven-Christoph Schütt

Gutachten gefällig?

Gefälligkeitsgutachten bei der Bundesanstalt für Geowissenschaften zu Frackinggesetz und Schacht Konrad?

und "Süddeutscher Zeitung" (SZ) ergeben haben, ließ sich die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) über Jahrzehnte von einer Industriestiftung finanzieren. Gutachten dieser Bundesanstalt betreffen die Region Braunschweig gleich zweimal, beim geplanten Atommüll-Endlager Schacht KON-RAD wie auch bezüglich Fracking.

Für die Eignung der Schachtanlage als Atommülllager hat die BGR das grundlegende geologische Gutachten vorgelegt.

Nun bekommt der Verdacht neue Nahrung, dass die BGR die geologischen Verhältnisse beschönigt hat.

Ludwig Wasmus, Vorstand der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD: "Sind die Langzeitsicherheitsberechnungen nicht nur hoffnungslos veraltet, sondern auch gefälscht? Es gibt ja schon während des ganzen Verfahrens fachliche Kritik an der Erhebung der

Wie Recherchen von NDR, WDR Naturdaten und den Berechnungen zur Langzeitsicherheit. Wenn jetzt auch noch die Integrität der BGR in Frage steht, ist es höchste Zeit, das Projekt KONRAD endlich zu stoppen!"

> Die BGR hat bei Schacht KONRAD unter anderem die untertägige Erkundung, die Untersuchung der Grundwasserbewegungen und die Auswertung der alten Bohrungen durchgeführt.

Korruptionsverdacht auch beim **Fracking-Gesetz**

Auch beim Fracking geht es um handfeste wirtschaftliche Interessen genau der Unternehmen, die die Erstellung von Gutachten der BGR über den Umweg der Stiftung bezahlt haben.

Kohle- und Ölindustrie finanziert geologische Bundesanstalt mit

Der Hintergrund: Bereits im Jahr 1982 haben Unternehmen wie der Chemie-Konzern Bayer, der Öl- und Gas-Riese Wintershall und der Braunkohle-Produzent Rheinbraun (heute RWE) einen Fonds gegründet.

Das Ziel dieses Fonds war es, die BGR indirekt mitzufinanzieren. "Verdiente Mitarbeiter", so belegen interne Dokumente eines beteiligten Unternehmens, wurden über Preisgelder für ihre Arbeit "belohnt" und ausgewählte Studien sowie Tagungen, Empfänge und größere Anschaffungen finanziert. Der Fonds sitzt mit der BGR im gleichen Haus, aktueller Vorsitzender ist Martin Bachmann, Vorstandsmitglied von Wintershall und Vorsitzender des Bundesverbands Erdgas, Erdöl und Geoenergie (BVEG).

Der Name Bachmann ist manchen seit der Jahrestagung des BVEG Mitte Juni ein Begriff, als dieser ankündigte, die Industrie wolle das seit fünf Jahren bestehende Fracking-Moratorium künftig nicht mehr respektieren.

Kurz darauf wurde das Fracking-Gesetzespaket innerhalb von drei Tagen auf die Tagesordnung des Bundestags gehoben und verabschiedet...

Warum ich für die BIBS kandidiere:



Wolfgang Wiechers

Ehem. Leiter der Abteilung Stadterneuerung der Stadt Braunschweig, Vorstandsmitglied im Umweltzentrum, im *Netzwerk Gemeinsam Wohnen* und in der *Göderitz-Stiftung*, Lehraufträge an TU und HBK

Warum ich für die BIBS kandidiere:

Die BIBS ist für mich ein Zukunftsmodell für direkte Demokratie. Sie ist keine Partei, hat keine Hierarchien und keine verkrusteten Strukturen

Sie trägt die Beiträge und Wünsche von Bürgern und Bürgerinitiativen direkt in die politischen Gremien hinein.

Sie ist strikt lokal und damit ein wirkungsvolles Organ für eine effektive Basisdemokratie.

Es findet eine wesentlich stärkere Bürgerbeteiligung statt als in den üblichen Parteien.

Dort haben die Bürger das Gefühl, dass sich die politischen Entscheidungen immer weiter von ihnen entfernen.

Die Parteien entwickeln gemeinsam mit der Verwaltung eine Professionalisierung, die sich mehr und mehr gegen Bürgereinwände immunisiert.

Dem will die BIBS mit ihrer neuen Struktur entschieden entgegenwirken.

Leserbrief an die Parteien: es ist eine Schande

Sehr geehrte Ratsmitglieder aller Fraktionen, was zur Zeit mit dem ehemaligen Krankenhaus an der Gliesmaroder Straße geschieht ist eine Schande und ist so nicht in den Medien kommuniziert worden!! Es sollten die Bäume erhalten bleiben und auch der Garten den Bewohnern zur Verfügung gestellt werden. Was jetzt geschieht ist in keinster Weise das, was die Anwohner bzw. die Bevölkerung des östlichen Ringgebietes wollten! NIEMAND!!!

Die gesamte Straße mutiert zu einer trostlosen Durchfahrtsstraße, die Familien mit Kindern meiden werden. Ging es nur um Gewinnmaximierung? Schade, ich dachte, ich lebe in einer Stadt, in der der Bürger sich wohlfühlen soll (und dazu gehört GRÜN!!) und seine Wünsche respektiert werden.

Zu allem Überfluss las ich heute noch die BIBS-Zeitung! Endlich mal eine Initiative, die einer Sache auf den Grund geht und nicht nur wie anscheinend alle anderen lächelnd zustimmt und eine zukünftige Verantwortung nicht in Erwägung zieht!

Nun meine Frage: haben sich die damaligen Ratsmitglieder überhaupt die Verträge durchgelesen und nachgerechnet?????? Ich meine NEIN, denn sonst wäre so etwas gar nicht möglich gewesen!!! WER sitzt denn von damals noch im Rat? Oder sollte der Rat seiner Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sein? Ich jedefalls werde die BIBS mit aller Kraft unterstützen und für sie werben! Zum Wohle ALLER Bürger dieser Stadt!















Henning Jenzen Flugkapitän, verheiratet, 3 Kinder, 53 Jahre. BIBS-Ratsherr für nachvollziehbare Entscheidungen statt Hinterzimmer-Mauschelei. Keine Privatisierungen.



Joachim Kleppe
63 Jahre, selbständig.
BIBS ins Rathaus, weil nur die
Bürgerinitiativen mit eigener
Zeitung die Vorgänge im Rathaus öffentlich machen!



Silke Arning
Dipl.-Geografin tätig im Bereich Umweltschutz, Mutter.
Für den Erhalt des Waldes und für die Wiederherstellung der Verkehrsverbindung nach Waggum und Bevenrode.



Tatjana Jenzen Modedesignerin, Einzelhändlerin, verheiratet, 3 Kinder Seit 5 Jahren Bezirksratsmitglied (112). Ich möchte weiterhin mit Herz und Verstand den Bürgerwil-

len umsetzen.



Oliver Büttner Ingenieur, 47 Jahre, verheiratet, 3 Kinder. Mitglied im Bezirksrat seit 5 Jahren, Förderverein Freibad Waggum. Für die Verbesserung der Lebensqualität einsetzen.



Dr. Michael Gläser
Diplomphysiker, verheiratet,
2 Kinder.
Als Ehrenamtlicher engagiere
ich mich im Städtischen Museum Altstadtrathaus mit Führungen und Vorträgen. Kandidat auch für SBR Volkmarode.

Wahlbereich 12 Östlicher Ring



Peter Rosenbaum Jg. '50, selbständig, verheiratet, 3 Kinder, 5 Enkel. Verkörpert Bürgerengagement mit langjähriger Erfahrung im



Stefanie Schlensog
AG Schacht Konrad, seit Mai
2011 arbeite ich im KONRAD-Haus mit, um die regionale Zusammenarbeit der
Anti-Atom Gruppen zu stärken



Norbert Kueß Polizeibeamter Ich bin aktiv in der Braunschweiger Initiative für eine andere Politik (BIAP).



Dr. Ute Lampe Geoökologin Friedensbündnis, Teilnahme an internationalen Projekten im nahen Osten.



Werner Hensel
Sport ist mehr als ein Geschäft!
Mit einem gerechten Steuersystem hätte der Staat das Geld
für Förderung aller Sportarten.
Das Geld bliebe nicht überwiegend beim werbewirksamen
Profisport hängen.



Christoph Sündermann, attac Global denken - lokal handeln! Als Gründungsmitglied von DIE GRÜNEN (1980). Nach meinem Parteiaustritt u.a. aufgrund deren Zustimmung zum Kosovokrieg (1999) bin ich seit 2001 bei attac aktiv.

Wahlbereich 13 Innenstadt/Südlicher Ring



Thomas Holst Elektro-Techniker Als Unternehmer setze ich mich für die Förderung regionaler Unternehmen und für die Förderung regenerativer Energien vor allem auf öffentlichen Gebäuden ein.



Dirk Schadt Wissenschaftlicher Mitarbeiter/Schriftsteller/Netzwerker Bin konsequent für mehr Bürgerbeteiligung in der Stadtentwicklung und möchte BürgerInnen bei der Umsetzung ihrer Ideen und Vorschläge behilflich sein.



Dr. Elke Schrage Frauenärztin, IPPNW (internationale Ärzte gegen Atomkrieg), engagiert in der Anti-Atom-Bewegung und Friedensarbeit.



Fadil "Angelo" Richter Hotelier Wir brauchen eine Stadt in der sich sowohl unsere Bürger als auch unsere Gäste wohl fühlen. Braunschweig hat viel zu bieten.



Norbert Fischer Fraktionsgeschäftsführer, 58 Jahre Die BIBS ist die einzige Fraktion, die regelmäßig Akteneinsichten durchführt, um Licht ins Dunkel zu bringen und sorgt seit 10 Jahren für Transparenz.



Heide Janicki Als Gewerkschafterin und ehemaliges Betriebsratsmitglied weiß ich, wie wichtig Druck von unten ist. Öffentlichkeit ist ein wichtiges Instrument.

Wahlbereich 22 Südwest



Nicolas Arndt 49 J., geb. Braunschweiger, Computer-Fachmann. Seit 2006 im Bezirksrat Nordstadt.

Engagiert bei Erwerbslosengruppen, Gewerkschaft ver. di, Gründungsmitgl. der Bürgerinitiative "NiWo retten".



Werner Barnstorff Betriebswirt Gemeinwohl vor privaten Profitinteressen schützen: Öffentl. Versorgungs- und Verkehrsinfrastrukturen erhalten. Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen fördern. Qualita-

tive Kulturförderung stärken.



Tanja Bonnet, 44, Textildesignerin, 6 Kinder, davon 2 noch in meinem Haushalt.

Lebenserfahrung wird durch Kinder potenziert. Politik ist die Kunst, das Zusammenleben zu organisieren, wie eine Familie. Aktiv bei Anti-Atom, Antifa und Wohnungspolitik.



Josefine Schütt, 37, Pädagogin, verh., 1 Kind setze mich für kostenlose Kinderbetreuung ein, weil Kitas wie Schulen Gemeinschaftsaufgaben sind.

Wahlbereich 31 Westlicher Ring



Bernd Müller Jg. '54, verh., 2 Kinder Ich trete für eine Erhaltungssatzung gem. §172 BauGB ein. Kälberwiese, An der Schölke, MIAG und Noltemeyer Höfe müssen verbindlich 20% Sozialwohnungen ausweisen in Verbindung mit Mietpreis-



Heiderose Wanzelius Braunschweiger Forum e.V. für bürgernahe Stadtplanung. Für eine soziale Stadt im westlichen Ringgebiet. Streiten für eine menschliche Stadt! Wir holen zurück, was uns gehört!



Setze mich ein Wohnquartiere Ring.











Wahlbereich 32 Nordwest



Astrid Buchholz Buchhändlerin, BISS müssen vor atomaren Gefahren geschützt werden, Braunschweig darf sich nicht als bundesweiter Konditionierungsstandort für Atommüll etablieren.



Sven-Christoph Schütt 37, Lehrer, verh., 1 Kind Die Menschen der Region Für Gift-freie Böden, deshalb kein Fracking in Lehndorf, Lamme, Kanzlerfeld, Timmerlah und ganz Niedersachsen.



Dr. Hans-Dieter Velfe Physiker Aktiv in der BI-Strahlenschutz, die atomaren Betriebe müssen aus Wohngebieten unbedingt verlagert werden.



Peter Meyer Dipl.-Ing. Elektrotechnik Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative Strahlenschutz.

Wahlbereich 33 Nördlicher Ring



Dr. Dr. habil. Wolfgang Sabine Bartsch Büchs, verh., 2 Kinder, Wissenschaftler im Bereich Ökologie/Nachhaltigkeit am Julius-Kühn-Institut (JKI), seit tersiedlung, Gründungsmit-2011 BIBS-Ratsherr, Frakti- glied von ART (Aktiv für onsvorsitzender sowie in den Respekt und Toleranz), seit Bezirksräten Schunteraue und 2012 für die BIBS im Ju-Nordstadt (beratend).



drei Kinder, Heilerziehungspflegerin, kirchl. Betriebsrat, ver.di Mitglied, AK Schungendhilfeausschuss.



sames Miteina

die Voraussetzi

Wer ist die BIBS? Die BIBS ist eine Bürgerinitiative und keine Partei. Sie ist keiner Ideologie, BIBS: damit die Bürger die Kontrolle über ihre Stadt behalten. keinen Wirtschaftsinteressen, sondern einzig und allein den Mitbürgerinnen und Mitbürgern ver- BIBS: damit Ihre Meinung wieder gefragt ist, damit Braunschweig nicht zum Konzern verkommt. pflichtet! Wählen Sie BIBS, damit Werte wie Verantwortung, Mitmenschlichkeit und Respekt in BIBS: damit unsere Kinder in dieser Stadt eine lebenswerte Zukunft haben. der Braunschweiger Kommunalpolitik wieder Einzug halten.

BIBS: damit es gut ist, in Braunschweig zu leben.

Wahlbereich 21 Südost



Wolfgang Wiechers Dipl.Ing. TU Stadtplaner/ Architekt, Jahrgang 42, verh., 2 Söhne

Vorstandsmitglied im Umweltzentrum, im Netzwerk Gemeinsam Wohnen und in der Göderitz-Stiftung, Lehraufträge an TU und HBK.



Jürgen Reuter Lehrer, Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft. Wichtig ist mir die öffentliche

Daseinsfürsorge. Der Irrweg der Privatisierung kommunaler Aufgaben hat sich als Sackgasse erwiesen.



Elke Almut Dieter

..für ein Braunschweig, das sich eindeutig von der Vergangenheit als Garnisonsstadt distanziert.

Raum für eine Friedenskultur und Patenschaften für Menschen - nicht für Kriegsschiffe!



Helmut Rösner

Lehrer, gebürtiger Braunschweiger, Gewerkschafter. Für Solidarität und Gerechtigkeit. Dabei liegen mir insbesondere soziale und kulturelle Projekte am Herzen.



Uwe Rumstedt

Computerfachmann Im Wahlbereich zur Stadtgrenze Wolfenbüttel / Asse brauchen wir mehr Mitsprache in Anti-Atom-Angelegenheiten.



Till Rosenbaum

Dipl.-Wirtschafts-Ing. (FH), 34 Jahre, verheiratet, 2 Kinder Ich trete für vernünftige Verkehrskonzepte rund um die Baugebiete Roselies, Rautheim und Heinrich der Löwe ein.



werkschafter

für lebendige

im westlichen

Matthias Witte

Klavierlehrer, Vertreter bei der Braunschweiger Baugenossenschaft, setzt sich ein für den fairen Umgang mit den Bewohnern in den Wohnquartieren, nicht nur bei der BBG - westliches Ringgebiet bleibt bunt.



Bianca Braunschweig

36 J., Dipl.-Betriebswirtin, verh., 2 Kinder Ich setze mich für eine Verbesserung der Kita-Versorgung ein. Kindergärten sind eine öffentliche Bildungsaufgabe.



Christian Mann

attac, Buchhändler und Tischler

Ich stehe für öffentliche Daseinsvorsorge und bin engagiert in der Anti-Atom-Bewegung und wachsam gegenüber Risiko-Technologien wie Gen-Technik.



Brigitte Dittrich

"BIBSen" schafft Durchblick. Verantwortung für gesundes Stadtklima und Lebensqualität ist wichtiger als Vernichtung von viel Stadtgrün.



Ulrich Buchheister

Industriekaufmann 5 Jahre lang Bezirksratsmitglied im westlichen Ring. Wir finden die Lösung!



Harald Hilpert

Prof. em.

Kreativfächer für alle Altersstufen in die Schulplanungen. Soziale Kompetenz, Persönlichkeitsstärkung, Kreativität: Dafür kämpfe ich seit Jahren in der Schule.

Kandidat für SBR Broitzem.















rat VW Braunglied im Aufraunschweiger

haft. squalität im Ein gemeinnder ist dabei ıng.



Dr. Jörg Fischer

ledig, aber nicht ungebunden, Gymnasiallehrer, Personalrat, Mitglied der Vertreterversammlung der BBG, aktiv im Arbeitskreis Schuntersiedlung und Gründungsmitglied von ART (Aktiv für Respekt und Toleranz).



Michael Heinrich 66 Jahre

Fahrradwerkstatt.

Ich war 20 Jahre Betriebsratsvorsitzender in Neuerkerode und engagiere mich jetzt für die Geflüchteten in unserer



Sabine Knoblauch

Chemisch-Technische Assist. Engagiert im NABU Braunschweig, Anti-Atom Braunschweig, Waldführerin Waldforum Riddagshausen. In der Flüchtlingshilfe aktiv.



Carsten Scheike

Für gerechte Verhältnisse in der ganzen Welt. Für Respekt und Toleranz.



Ulrike Schmitz

Als Gewerkschafterin weiß ich: Wer sich nicht wehrt, lebt Mit anderen zusammen auf

die Straße - mit BIBS ins Rathaus!



Renata Wyganowska Kauffrau im Groß- und Außenhandel Ihre Stimme für den

Tier- und Umweltschutz.

BIBS ist ein Angebot von Bürgern an Bürger, die in der Braunschweiger Parteienlandschaft keine wirkliche Vertretung mehr sehen. BIBS bietet eine Alternative zu den Machtinteressen der Parteienpolitiker.

BIBS bildet ein Gegengewicht zu Lobbyismus und Vetternwirtschaft.

BIBS fordert eine lückenlose Informationspolitik und eine unparteiische Presse. BIBS wendet sich gegen Privatisierungen. BIBS überwindet Hass, Wut und Intoleranz.

BIBS tritt an für Respekt und Toleranz.

SBR 112 Wabe Schunter Beberbach



Michael Buchholtz, verh. Maschinenbaumeister Mit der BIBS für eine konstruktive Arbeit im Bezirk. "Gemeinwohl vor Parteiinteresse"



Heiner Waßmuß Buchhändler, Ortsheimatpfleger in Bevenrode Wir brauchen endlich ein Verkehrskonzept für den Braunschweiger Norden.



Dr. Kerstin Lindner Agrarwissenschaftlerin. Lebensfreude in Verantwortung. Für ein gutes Miteinander in Wabe-Schunter-Beberbach.



Gisela Meier-Drawe Bürgerengagement lohnt sich! Ich freue mich über die Wiedereröffnung des Gliesmaroder Bades mit Hilfe des Unternehmers Friedrich Knapp.



Christian Weber Für eine bürgernahe und konstruktive Kommunalpolitik. Ehrenamtlich engagiert beim Betrieb des Waggumer Freibades.



Michael Dürkopp Kaufmännischer Angestellter. Gerade im Norden haben wir bittere Erfahrung mit Parteien gemacht. Deswegen kandidiere ich für BIBS.



Vico-René Segers, 63 J. Industriekaufmann, ledig, ein erwachsener Sohn. Meine Themen sind: neues Parkraumkonzept und bezahlbarer Wohnraum.

SBR 120 Östlicher Ring



Christian Schöne Projektmanager, 44 J. Großes Thema im Stadtbezirk: Die Parkplatznot. Keine Luxussanierungen.



Stefan Arcularius Ingenieur, ledig, ein erwachsener Sohn. Neue Konzepte für Gedenkstätten und Grünflächen.

SBR 131 Innenstadt



Friedrich Walz Dipl.-Betriebswirt Wallring schützen! Mehr Lebensqualität für 14.400 Innenstädter!

SBR 132 Viewegsgarten



Berkan Kurtoglu miteinander.

SBR 310 Westliches Ringgebiet



Peter Linsenbarth, Ich will mitgestalten und Dipl.-Ing, verh., 2 Kinder Pädagogin entscheiden in meinem Ich setze mich für eine an- Ich setze mich für den Heimatbezirk. Ich bin für wohnerverträgliche Nut- Umweltschutz ein. fairen und freundlich- zung der freien Flächen respektvollen Umgang am Hauptgüterbahnhof ein.



Brigitte Düker

SBR 213 Südstadt



Jutta Heusinger Lehrerin i. R. engagiert in der Altenhilfe AWO, macht mit bei Heidberg Aktiv und unterstützt die Flüchtlingshilfe.

SBR 222 Timmerlah



Nils Salveter verheiratet, 48 Jahre, Kaufm. Angestellter



Klaus Werner verh., 2 Kinder, 69 Jahre. Projekt-Ingenieur

Wir möchten direkt an dem Erhalt der Lebensqualität unserer Stadtteile Geitelde, Stiddien und

Timmerlah mitwirken, wie Begrenzung der Lärmbelästigung durch Bahn und Kfz-Verkehr, gegen

das geplante Interkommunale Industrie-und Gewerbegebiet Stiddien-Beddingen, gegen die Ansied-

lung von atom-affinen Gewerbe, gegen Atommülltransporte (ab 2022) über den Übergabebahnhof Beddingen, für einen sicheren Fuß-und Radweg zwischen Geitelde und Stiddien, gegen Fracking im



Frank Erfurth 47 Jahre, Postzusteller und Sänger bei parkhouse1

Annegret Müller Angestellte BBG-Wohnquartier Herr- quartier Kalandstraße. mannstraße.



Hartmut Jolie Jg. '53 Lange aktiv für internationale Technischer Sachbearbeiter Solidarität und engagiert im Engagiert im BBG-Wohn- Kulturschaffende und ganz



Alexandra Funke Ich möchte mich speziell für mehr Angebote von und für allgemein gegen die Gentrifizierung im Westlichen Ringgebiet einsetzen.

SBR 321 Lehndorf



Dirk Hesse Elektriker am Staatstheater Natur darf nicht sinnlos vernichtet werden. Umweltschädliche Stoffe wie beim Fracking gehören verboten.

SBR 321 Lehndorf

Stadtteil Timmerlah (Erlaubnisfeld BORSUM).



Nina Trbojević Schlüter Dipl.-Ing. Architektin, VHS Dozentin, Vorsitzende der Deutsch-Kroatischen Kulturgemeinschaft Braunschweig e.V., Bürgermitglied im Integrationsausschuss

SBR 323 Wenden Thune



Bernd Haase Bürgerinitiative Strahlenschutz (BISS) Konditionierungsanlagen haben in Wohngebieten nichts zu suchen.



Lutz Unger BISS Atomanlage neben Wohnhäusern und Schulen geht gar nicht.



Andreas Weller Nur gemeinsam können wir etwas erreichen, deshalb bin ich dabei.

SBR 331 Nordstadt



Dr. Andreas Lüddecke Kaufmann und Journalist Mitglied im Bezirksrat Nordstadt, aktiv in Gesundheitsprojekten.



Jenny Simic Verbesserung der sozialen Infrastruktur. Für mehr Gemeinschaft und Bürgerbeteiligung. Wünsche und Anregungen der Bewohner umsetzen.



Rüdiger Busch Bau-Ing. i. R., Ausbau des ÖPNV, besonders Tram, ein autofreier Sonntag/Monat wie 73, Ziel autofreie Stadt. Ein vegetarischer Tag pro Woche in allen öffentlichen Einrichtungen.

SBR 331 Nordstadt



Ines Richlick setzt sich für einen re- Kraftfahrer einander ohne Fremden- im Umgang miteinander. hass, bezahlbaren Wohnraum für alle und ein frackingfreies Land ein.



Volkmar Schuchhardt spektvollen Umgang mit- Für Respekt und Toleranz

SBR 332 Schunteraue



Sylvia Wolter Kind, Erzieherin, Mitglied Mitglied der Vertreterver- IT-Techniker. Verbesserung der Lebens- milien brauchen bezahlqualität im Wohnviertel.



Ulrike Eglin baren Wohnraum.



Andreas Fröhnel von bezahlbarem Wohn- liches Miteinander.

raum.



Simone Scheike verh., ein schulpflichtiges verh., Päd. Fachkraft. 53 Jahre, freiberuflicher Für den Erhalt und die Verbesserung der Lebensim AK Schuntersiedlung. sammlung der BBG. Jung Mein Interesse gilt dem qualität in der Schun-Für den Erhalt und die und Alt und vor allem Fa- Erhalt und der Schaffung teraue. Für ein freund-

SBR Schunteraue Anne Perreau, verheiratet, Lehrerin, Arbeitskreis Schuntersiedlung. Für kinderfreundliches, gepflegtes und natur-

nahes Wohnen in guter

Nachbarschaft.

OHNE BILD

SBR Weststadt **Heinz Stein** Vorstand NDS Landesverband Deutscher Sinti, Sprecher der Braunschweiger Sinti. SBR Innenstadt

Klaus Knodt, Journalist

Aug./Sep. 2016

SBK: Teurer Urwald

...weiter von Seite 1

Erst wird mit der einen Hand der 200 Jahre alte Flughafenwald durch die SBK für eine sinnlose Startbahnverlängerung großflächig vernichtet und dann werden mit der anderen Hand exakt die Gelder, die als Ausgleich für genau solche Eingriffe in die Natur vorgesehen sind, für den "wirtschaftlichen Schaden", der der SBK durch Nutzungsaufgabe entsteht, wieder einkassiert und gleichzeitig noch gutwillige Naturschützer geschröpft. Dies als Skandal zu bezeichnen, ist sicherlich keine Übertreibung.

Die BIBS fordert daher:

 sofortige Abberufung des Präsidiums der SBK • Rückerstattung der bisher für "Vertragsnaturschutz" an die SBK gezahlten Spenden und städtischen Gelder (immerhin unsere Steuergelder) zur Verwendung für andere Naturschutzmaßnahmen. Unbefristet kostenfreie Bereitstellung und Betreuung der 50 ha Wald durch die SBK für die Urwaldentwicklung im Sinne des Naturschutzes.

Wolfgang Büchs.

SBK: Werbung für **Borek-Briefmarken**

Geworben wurde in der Stiftungs-Publikation "Der Löwe" am 18.12.2015 auch z. B. für Briefmarken-Editionen des Hauses Borek zu Weihnachten für einen "einzigartigen und limitierten Briefmarken-Bogen rund um das Braunschweiger Residenzschloss' mit Nennung der Verkaufsstellen bei "Borek am Dom" und Verkaufspreis.

Politische Landschaftspflege

Die Stiftung bedient sich bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit der Dienste von Meyer-Media. Da wirkt der ehemalige Lokalredakteur der Braunschweiger Zeitung, Ralf-Herbert Meyer. Dieser trug maßgeblich zur medialen Erfindung des Haushaltswunders bei, als der jetzige Stiftungspräsident Dr. Gert Hoffmann noch Oberbürgermeister war. Die BIBS hatte bereits vor zwei Jahren den Wechsel der Präsidentschaft der Stiftung gefordert, die immer noch vom Ex-OB Hoffmann wahrgenommen wird.

Peter Rosenbaum

VW-Flughafen:

Große Landebahn - kleine Forschung



der Piste war doch, es diene der Forschung, oder?

Auf Anfrage der BIBS-Fraktion nach der Häufigkeit von Forschungsflügen am Flug-

hafen Waggum kam zur Ratssitzung am 21.6.2016 die Antwort, dass es im Jahre 2016 bislang bei 12.857 Gesamtflugbewegungen 146 Flüge mit Luftfahrzeugen von DLR oder TU gegeben habe (davon 49 Starts, 50 Landungen sowie 47 Überflüge).

Dies stelle einen Anteil von 1,14% dar; im Jahr zuvor seien

Die Begründung für die Verlängerung es noch 2,23% gewesen. Dann bleiben, nach Abzug der Hubschrauberflüge, magere 0,8% für Forschungsflüge in Braunschweig übrig. Wir erinnern uns, dass knapp 38 Mio. € für die Erweiterung des Flughafens mit "Forschung" begründet wurden?

Auch die laufenden Betriebs-Zuschüsse für den täglichen Betrieb des Flughafens, derzeit 5,1 Mio. € jährlich, würden an anderer Stelle sinnvoller gebraucht. Hier haben wir ein Erbe der "Haushalts-Wunder-Hoffmann-Zeit", welches den Stadt-Haushalt wohl noch lange begleiten wird.

Henning Jenzen

Fünf Beispiele gescheiterter Wunder belasten die Stadt

Eckpunkte der Haushaltsrede von BIBS-Ratsherr Peter Rosenbaum, in welcher er exemplarisch fünf der im letzten Jahrzehnt als Privatisierungs-"Wunder" gefeierten Haushalts-Killer nannte:

- Spaßbad: finanziell völlig aus dem Ruder gelaufen; 35 Mio.€ Baukosten statt prognostizierter 17 Mio.€; Flughafen-Ausbau: über 5 Mio. € jährliches
- Defizit für 2016 erwartet; **Schlossmuseum:** statt prognostizierter 1 Mio. Besucher, also 3.000 Besucher pro Tag kommen
 - seit 2010 täglich im Schnitt nur 19! Aber: Unkündbare Zuschüsse an Borek-Stiftung von jährlich rd. 300.000 €;
- veolia-Spekulationen mit Börsen-Strom, die beim Stadthaushalt seit 2012 zu jährliche Einnahme-

verlusten von 17 Mio. € führen (soviel, wie jetzt infolge der VW-Eskapaden in der Stadtkasse bei der Gewerbesteuer fehlen);

• Feuerwehr-Service-Zentrum: wo 900 Tsd. € Investition durch Privatisierung gespart werden sollten - geworden sind es schließlich zu Lasten der Stadt 1,8 Mio. €. Und trotz des gescheiterten "Business-Plans" von KPMG hat die Beratergesellschaft dafür 109 Tsd. € von der Stadt

Insgesamt wurden durch die Privatisierungspolitik 750 Mio. € in gerade mal 15 Jahren verspielt. Schuldscheine aus der Abwasserprivatisierung und die Plünderung der städtischen Nibelungen-Wohnbau sind noch nicht einmal eingerechnet.

KufA präsentiert: OPEN AIR





The Art of Mouth Helsinki Blockheads Herr Berger The Crowbaits

Tanztheater der ambet group Kids Welcome Feuerperformance Aktionen Vegan & No Vegan Food

Sa. 20.08 ab 15 Uhr

Eintritt frei!

Skaterplatz Westbahnhof / Ringgleis Unterstützt durch:



Info: kufa-ev.de



bedankt sich bei

den Machern des

KULTVIERTEL für

den Foto-Shooting-

Die BIBS

Soziokultur kommt oder kommt nicht? Die letzte Ratssitzung neues Kulturzentrum entstehen zu lastur- und Sozialbereich das Ziel einer



dieser Periode findet am 13.09.2016 statt, ■ Kommunalwahl.

Leider fehlt bisher ein Ratsbeschluss, der das soziokulturelle Zentrum, die KufA-Basis sowie das Privatunternehmen WestAnd verbindlich an den Start bringt.

Dadurch besteht das Risiko, dass die gegebenen Versprechungen des amtierenden Rates, am Westbahnhof ein sen, vielleicht doch nicht eingehalten werden können.

zwei Tage nach der Die Frage, die zu stellen ist: Was passiert eigentlich, wenn wir in Braunschweig nicht nur einen Haushalts-Notstand, sondern auch einen Demokratie-Notstand bekommen?

Damit ist konkret gemeint, dass in Folge des möglichen Einzugs der AfD in den Rat, die SPD mit der CDU eine große Koalition bilden könnte. Bekanntlich verfolgt die CDU im Kul20%-Kürzung (Rasenmähermethode) Es ist zwingend erforderlich, dass wir in Braunschweig wieder eine bunte Mehrheit hinbekommen, damit diese Mentalität der CDU nicht zum Tragen kommt. Wer das leichtsinnig verneint, geht eine große Gefahr am Wahltag

Für das soziokulturelle Zentrum hoffen wir, dass alle demokratischen Kräfte ihre Zusagen einhalten.

Bernd Müller

Bezahlbarer Wohnraum

Nibelungen soll preiswerte Wohnungen bauen - aber wie?

Noch in der vergangenen Ratsperiode verkaufte die Stadt ca. 1.000 Wohnungen zum Schleuderpreis an eine private Firma, für 18 Tsd. €/Stück – alles für das "Haushaltswunder". Insgesamt 46 Mio .€ wurden der städtischen Wohnbaugesellschaft Nibelungen (NiWo) durch Gewinnabführung an den Stadthaushalt weggenommen, Dies fehlt jetzt für die Errichtung bezahlbarer Mietwohnungen Über einen Rats-Antrag der BIBS (April 2015), der NiWo das Eigenkapital zurückzugeben, um

bezahlbaren Wohnraum schaffen zu können, grübeln SPD und CDU seit über einem Jahr

Weitere BIBS-Forderungen **zum Thema**

- 20% Sozialwohnungen in Neubaugebieten (max. 5% im Bindungs-
- Nicht aktivierte Bindungen aus alten Baugebieten in Neubaugebiete verlagern.
- Erhaltungssatzungen für "Kieze", um Gentrifizierungen zu verhindern.
- Bodenvorratspolitik verbessern durch Ausübung von städt. Vorkaufsrechten (ca. 330).
- Städtische Förderung/Abgabe städt. Grundstücke nur an Investoren, die mind. 20% der neuen Wohnungen preisgünstig vermieten.
- Stärkere Beteiligung der Investoren über städtebauliche Verträge (§ 11 BauGB) an Schaffung kommunaler Infrastruktur (z.B. Kindergärten, Schulen, ÖPNV).
- Auflage eines Wohnraumförderpro-Wolfgang Büchs

FRIEDRICH-WILHELM-VIERTEL E.V. Support! **Gute Bausubstanz** erhalten

Klinik Holwede Str., ein Projekt für neue Wohnformen

KULTVIERTEL

Die Klinik soll 2022 verlagert werden. Diese Chance sollte genutzt werden, um dort ein zukunftsorientiertes soziales Wohnprojekt zu entwickeln. Die Gesellschaft verändert sich. Neue Bedürfnisse des Zusammenlebens und -wohnens entstehen. Viele möchten im Alter nicht ins Altenheim, sondern sich möglichst in einer Gemeinschaft gegenseitig helfen. Inklusion, Wohnpflegegruppen in kleineren Einheiten,

von Wolfgang Wiechers

Gemeinschaftliches Wohnen, Mehrgenerationenwohnen und Begegnungsräume sind angesagt. Verwaltung und Rat täten gut daran, endlich ein soziales Projekt mit bezahlbarem Wohnraum zu unterstützen. Was bietet sich da mehr an als das Grundstück einer städtischen Einrichtung wie dem Klinikum. An der Gliesmaroder Straße ist das nicht gelungen und an der Korfesstraße im östl. Ringgebiet auch nicht. Viele Möglichkeiten gibt es nicht mehr. Es wird höchste Zeit.





Mit einem Euro die nächste Ausgabe sichern Spendenkonto: Bürgerinitiative Stichwort "Spende Als "Parteispende" steuerlich absetzbar!

Spendenkonto Nr. 151 322 195 Braunschw. Landesspark. 250 500 00 IBAN: DE18 2505 0000 0151 3221 95

Bürgerinitiative Braunschweig (BIBS) redaktion@buergerinitiativen-braus Werner Barnstorff, Pregelstraße 8, 38120 Braunschweig

Redaktion: Ingeborg Gerlach Druckerei: Druckzentrum Cellesche Zeitung, Bremer Weg 186, 29223 Celle Www.braunschweig-spiegel.de VERMISCHTES

Antikriegstag 3. September 2016



Aufruf: Macht Euch stark Gegen Aufrüstung gegen Kriegsretorik - gegen Waffenexporte

Antikriegstag am 3. September 2016 Braunschweig, Platz der Deutschen Einheit, von 11 bis 16 Uhr.

Kriege sind kein Schicksal, sie werden gemacht, hinter ihnen stehen politische, geostrategische und wirtschaftliche Interessen. Wir müssen uns gegen die wehren, die ein Interesse haben am Schüren von Angst, Feindseligkeit und Aversionen. Für

die Rüstungsindustrie zählt nur der Profit, der Rüstungsexport ist ein eiskaltes Geschäft. Eine perfekt organisierte Lobby macht den Waffenhandel in diesen Ausmaßen möglich. Die Modernisierung der Waffen geschieht gerade: Moderne Atomwaffen sollen "regional einsetzbar" werden, Drohneneinsätze, Cyberwar. Die Friedensbewegung setzt sich für ihre Ächtung ein.

Kriege lösen keine Konflikte. Konflikte zwischen den Menschen und Staaten sind unvermeidlich, aber gewaltlose Konfliktlösungen sind möglich und erfolgreich! Sie können

Kriege verhindern. Die zivile Konfliktbearbeitung gehört in den Lehrplan von Schulen. Die Bundesregierung fordert eine Aufstockung des Verteidigungshaushaltes von 33 Mrd. € auf 42 Mrd. €, während der zivile Friedensdienst gerade einmal 39 Millionen € (!) erhält. Kommen Sie zum Antikriegstag und demonstrieren Sie mit uns für ein friedliches Europa, das für Abrüstung steht, für zivile Konfliktbearbeitung und für wirtschaftliche Solidarität als Grundlage für einen gerechten Frieden.

Friedenszentrum Braunschweig, Elke-Almut Dieter



Glyphosat-Verbot

Glyphosat immer noch auf Braunschweigs Straßen und Plätzen – Glyphosatverbot trifft nur die Spitze des Eisbergs.

Auf Anfragen von BIBS und Grünen räumte die Verwaltung ein, immer noch mit größeren Mengen Glyphosat bevorratet zu sein - und auch die städtische Verkehrs-GmbH verwende das Gift vor allem bei den Straßenbahnschienen.

Die Welt-Gesundheits-Organisation hält das Wildkraut-Vernichtungsmittel Glyphosat "... wahrscheinlich für krebserzeugend für Menschen...". Deshalb hat das nieders. Landwirtschaftsministerium die Landwirtschaftskammer in Hannover angewiesen, keine Ausnahmegenehmigungen für Flächen zu erteilen, welche weder land- oder forstwirtschaftlich, noch gärtnerisch genutzt werden.

Die Braunschweiger Stadtverwaltung setzte bisher das umstrittene Glyphosat und auch andere gesundheitsgefährdende Mittel auf Sportplätzen, im Straßenbegleitgrün zahlreicher Straßen sowie in anderen "gärtnerisch" genutzten Flächen (vor allem in sog. Bodendeckerpflanzungen) ein.

Es gibt ein Glyphosat-Verbot und doch ist die Anwendung von Glyphosat nicht verboten. "Sondergenehmigungen" sind das beliebte Mittel, um das Verbot auszuhebeln. Über die Hintertür z.B. "gärtnerisch genutzter Flächen" können Glyphosat und die anderen Mittel (z.B. Pelargonsäure, Glufosinat) weiter angewendet werden. Die Verkehrs-GmbH hält den Einsatz von Herbiziden weiterhin für unverzichtbar.

Zwischen 1997 und 2003 wurden keine Herbizide auf Stadtbahngleisen eingesetzt. Aus dieser Zeit sind keine technischen Schwierigkeiten bekannt, die aus dem Herbizid-Verzicht resultieren könnten.

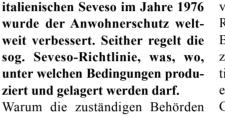
Andere Städte wie z. B. Münster (seit 1989), Saarbrücken, Betzdorf (Siegen), Luxemburg-Stadt, schaffen es zum Teil seit Jahrzehnten, ohne Herbizide auszukommen.

Es gibt Alternativmethoden: z.B. rotierende Bürsten, Heißschaumverfahren, Abflammen, mechanisches Entfernen. Auch in Braunschweig gab es vor 2000 ein alternatives Verfahren. Die BIBS unterstützt Bestrebungen für einen völligen Herbizid-Verzicht bei

der Wildkraut-Beseitigung durch die Stadt und städtische Gesellschaften.



Jörg Fischer, Sabine Bartsch, Susanne Dann



Hillerse Giftlager:

Seit dem Chemie-Unfall im nord-

Anwohnerschutz

behördlich ausgehebelt?

Warum die zuständigen Behörden (das Gewerbeaufsichtsamt BS (GAA) und das Bauamt des Landkreises Gifhorn) beim Bau eines Gefahrstoff-Komplexes nicht so richtig hinsehen, fragen sich AnwohnerInnen in der Nachbarschaft.

Erste Akten-Einsichten bestätigen ihre Befürchtungen, sie haben sich zu einer Initiative zusammengeschlossen.

hinsieht (so fehlte bis Juni 2016 das vorgeschriebene Bauschild mit sog. Roten Punkt).

Beantragt worden waren Lagerkapazitäten von 576 Tonnen von "sehr giftigen, giftigen, brandfördernden oder explosionsgefährlichen Stoffen oder Gemischen" am 21.9.2015. Der vorzeitige Baubeginn erfolgte bereits am 10.12.2015, das war sogar noch vor Ende der Auslegungsfrist der Bauantrags-Unterlagen am 28.12.2015. Seit dem 30.6.2016 hat das GAA die Genehmigung zur öffentlichen Einsicht ausgelegt und die sofortige Vollziehung angeordnet, also wiederum diese Eile noch vor Ablauf der



Gefahrgutlager (Rohbau rechts) neben der **Biogasanlage** (Baukran links) des Abwasserverbandes BS am 16.7.2016 Bild: Michael Gläser

Erst kurz vor Fertigstellung veröffentlicht die Behörde Ende Juni 2016 die Genehmigung für ein Gefahrstoff-Lager.

Doppelte Gefährdung

Der Zweckverband BS bestätigte mit Schreiben vom 8.7.2016 an die BIBS-

"Das geplante Gefahrstofflager soll in unmittelbarer Nähe zur Biogasanlage errichtet werden" und "die Prüfung obliegt hinsichtlich schädlicher Umwelteinwirkungen durch Luftverunreinigungen etc. der zuständigen Genehmigungs- bzw. Aufsichtsbehörde (GAA-BS)" (Schreiben des ZGB vom 8.7.2016)

Eine brisante Gemengelage also, vor den Toren Braunschweigs an der B 214 gelegen, jeweils nur rd. 1 km von Hillerse (Landkreis Gifhorn) und Wipshausen (Lkr. Peine) entfernt.

Ämter wollen auf Umweltverträglichkeitsprüfung verzichten

Nicht nur die nächsten Anwohner fragen sich, warum das zuständige Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig (GAA) auf eine Umweltverträglichkeitsprüfung verzichtet hat und auch das Bauordnungsamt des Landkreises GF auf der Baustelle nicht so richtig

Auslegungsfrist am 13.7.2016 und der Widerspruchsfrist am 15.8.2016. Der Rohbau steht bereits seit Anfang Juni 2016, obwohl laut Hinweis des GAA z.B. noch keine geprüfte Statik vorlag (GAA, Hinweis vom 8.6.2015,

Az. BS 15-148) Warum diese Eile?

Begründet wird die Eile durch erwartete Verschärfungen der Seveso-Richtlinie für Gefahrstoff- und Störfallbetriebe noch in diesem Monat. Dadurch würden u.a. schärfere Schutzbestimmungen für Anwohner in Kraft treten. Dem wollen offensichtlich nicht nur die Betreiberfirma, sondern auch das Staatliche Gewerbeaufsichtsamt Braunschweig mit vollendeten Tatsachen zuvorkommen. In Wipshausen sind einzelne Anwohner nicht einmal 1 km vom Gefahren-Gelände entfernt. Für die Biogasanlage wurde ebenfalls vom GAA eine Erweiterungsgenehmigung ohne Öffentlichkeitsbeteiligung für einen vierten Gas-Turm

Betroffene Anwohner haben sich jetzt zu einer Bürgerinitiative zusammengeschlossen. Eine Bürgerversammlung soll am 18. August 2016 in der Turnhalle Wipshausen stattfinden.

usen stattfinden.

Thorsten Bock/red.

Spendenaufruf

"Die Fahrradwerkstatt des "Welcome House ART-Kurve" hat schon über 100 Fahrräder für Geflüchtete hergerichtet. Wer noch einen Fahrradhelm, ein altes Fahrrad bzw. Ersatzteile abzugeben hat oder für die Anschaffung von Ersatzteilen, Fahrradhelmen etc. spenden möchte, wende sich bitte an die

Initiative ART (Aktiv für Respekt und Toleranz), Steinriedendamm 14, i.d.R. geöffnet Mo-Fr, ca. 15.00-18.00 Uhr. Das Spendenkonto lautet: GLS-Bank Bochum, IBAN DE15430609674104023600 (Spendenquittungen möglich)"

